



I Z A

COMPACT

DIE ZUKUNFT DER ARBEIT DENKEN

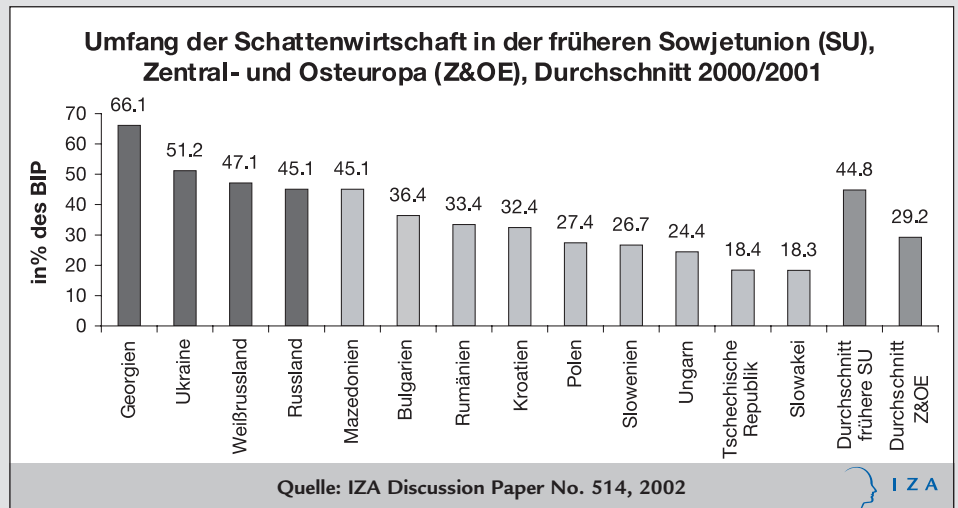
Schattenwirtschaft auf dem Vormarsch – Neue Studie belegt alarmierende Entwicklung

Kriminelle und andere verdeckte Wirtschaftsaktivitäten, vor allem in der sogenannten Schattenwirtschaft, sind weltweit zu einem festen Bestandteil des alltäglichen Lebens geworden und nehmen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Volkswirtschaften. Die meisten Gesellschaften sind bemüht, diese Aktivitäten unter Kontrolle zu bringen; zum Maßnahmenkatalog zählen hierbei gerichtliche Verfolgung und Bestrafung ebenso wie die Förderung des Wirtschaftswachstums und der Ausbildung von Arbeitskräften.

Der effiziente und effektive Einsatz von Ressourcen zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft an ihren Wurzeln erfordert zunächst die Erhebung von Statistiken zu den Beteiligten an verdeckten Wirtschaftsaktivitäten sowie zu deren Ausmaß und Häufigkeit. Wertschöpfung und Arbeitsmarkteffekte der Schattenwirtschaft sind jedoch schwer zu erfassen, da die betroffenen Individuen begrifflicherweise unerkant bleiben wollen.

OECD-Länder: Ein Sechstel am Staat vorbei

Unter Verwendung von Daten zur Geldnachfrage und des DYMIMIC-Ansatzes (dynamic multiple-indicators multiple-causes) wird in einer neuen Studie von IZA Research Fellow *Friedrich Schneider* (Universität Linz, Österreich) das Ausmaß der Schattenwirtschaft in 22 Schwellen- und 21 OECD-Ländern geschätzt (*Friedrich Schneider, The Size and Development of the Shadow Economies of 22 Transition and 21 OECD Countries, IZA Discussion Paper No. 514*). Die Ergebnisse zeigen für die meisten Länder einen deutlich negativen Trend auf. In den Jahren 2000/2001 betrug die durchschnittliche Größe der Schattenwirtschaft 16,7% (anteilig am offiziellen BIP) in den OECD-Ländern und 38,0% in den 22 untersuchten Schwellenländern. Ebenso alarmie-



rend sind die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: Im Jahr 1998/99 waren in den 22 Schwellenländern durchschnittlich 30,2% der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Schattenwirtschaft beschäftigt – rund doppelt soviel wie in sieben untersuchten OECD-Ländern (15,3%).

Schwellenländer besonders betroffen

Eine nähere Betrachtung dieser Werte offenbart, dass die Schattenwirtschaft in einigen Schwellenländern mehr als die Hälfte der „offiziellen“ Wirtschaft ausmacht: Gemessen am BIP sind dies 66,1% in Georgien und 51,2% in der Ukraine (▲ *Abb. 1*). In der gesamten ehemaligen Sowjetunion ist im Verlauf der 1990er Jahre die Schattenwirtschaft stark angestiegen: von 32,9% im Zeitraum 1990 bis 1993 auf 44,8% im Jahr 2000/2001. Obwohl das Problem in Mittel- und Osteuropa weniger prägnant ist, sind auch hier die Durchschnittszahlen während der 1990er Jahre erheblich gestiegen: von 23,4% in 1990 auf 29,2% in 2001. Generell lässt sich feststellen, dass der Arbeitsmarkt der

Schattenwirtschaft überaus stark ausgeprägt ist und einem anhaltenden Negativtrend folgt.

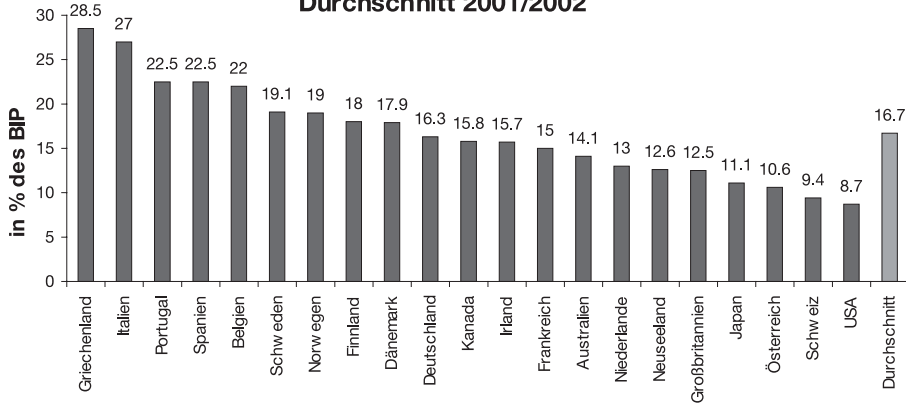
Gravierende Unterschiede in Europa

Auch in OECD-Ländern hat die Schattenwirtschaft nach einem rasanten Anstieg in den 1990er Jahren deutlich an Einfluss gewonnen (► *Abb. 2/3*). Seit 1989/1990 wuchs die Schattenwirtschaft von 13,2% auf 16,7% des BIP. Auch wenn der nominale Anstieg mit 3,5% vergleichsweise gering anmutet, handelt es sich immerhin um einen relativen Zuwachs von rund 26,5%. In einigen Ländern liegt dieser Wert deutlich über dem Durchschnitt, etwa +66,7% in Frankreich, +65,7% in Dänemark +39,8% in Spanien und +38,1% in Deutschland. Vielerorts macht die Schattenwirtschaft mittlerweile rund ein Viertel der „offiziellen“ Wirtschaft aus: 28,5% des BIP in Griechenland, 27% in Italien, 22,5% in Portugal und Spanien. Während einige OECD-Länder seit 1998 einen geringfügigen Rückgang der Schattenwirtschaft bezogen auf den Anteil an der Gesamtwirtschaft

In dieser Ausgabe

Schattenwirtschaft auf dem Vormarsch	1	IZA/SOLE TransAtlantic Meeting	6
Neues Buch: Economics of Migration	2	ESSLE 2002	7
Jacob Mincer erhält IZA Prize 2002	3	Kurzberichte/Neue IZA-Mitarbeiter	8
Familienfreundliche Arbeitsmarktpolitik	4	Discussion Papers/Gastwissenschaftler	9
C. M. Schmidt neuer RWI-Präsident	6	Meinung	10

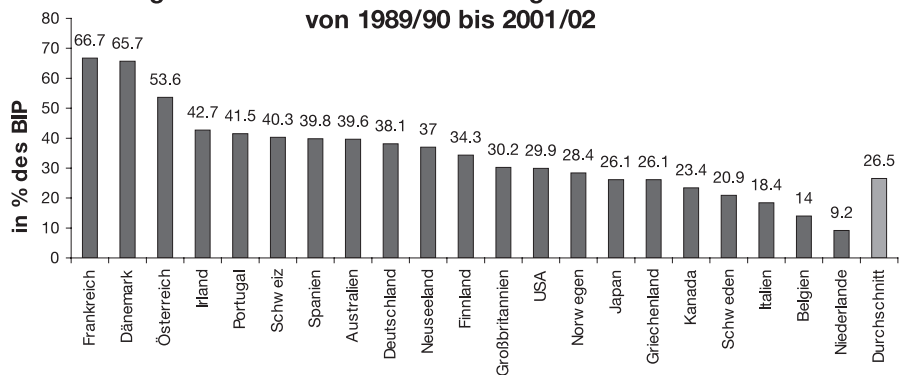
Umfang der Schattenwirtschaft in ausgewählten OECD-Staaten Durchschnitt 2001/2002



Quelle: IZA Discussion Paper No. 514, 2002



Anstieg der Schattenwirtschaft in ausgewählten OECD-Staaten von 1989/90 bis 2001/02



Quelle: IZA Discussion Paper No. 514, 2002



Neues IZA-Buch: „The Economics of Migration“

Im Zeitalter der Globalisierung wird Zuwanderung zu einem immer wichtigeren Faktor für die Industrieländer. Die Zahl der Einwanderer ist im Verlauf der 1980er und auch noch zu Beginn der 1990er Jahre in fast allen Industriestaaten kontinuierlich gestiegen. Dabei fällt auf, dass nicht nur traditionelle Einwanderungsländer von dieser Zuwanderungswelle betroffen waren, sondern insbesondere viele europäische Staaten. Während die öffentliche Diskussion über die richtigen Antworten der Politik auf diese Entwicklung heftig geführt wird, werden die Forschungsergebnisse von Ökonomen in diesem Bereich häufig ignoriert - und dies obwohl die wirtschaftswissenschaftliche Forschung gerade auf diesem Feld in den letzten zwanzig Jahren intensiv vorangetrieben worden ist.

In ihrem vierbändigen Werk „The Economics of Migration“ haben IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann und IZA-Programmdirektor Thomas Bauer mehr als 100 elementare Beiträge der Migrationsökonomie aus dem Zeitraum 1919-2000 zusammen getragen. Unter anderem enthält die über 2100 Seiten starke Publikation bahnbrechende

Arbeiten von G. S. Becker, G. J. Borjas, D. E. Card, B. R. Chiswick, R. B. Freeman, T. J. Hatton, J. Mincer, C. A. Pissarides, J. L. Simon und J. G. Williamson.

„The Economics of Migration“ liefert einen profunden Überblick über den Stand der empirischen Migrationsforschung, der vor allem als Einstieg für Ökonomen dienen kann, die in diesem Bereich Forschung betreiben wollen. Darüber hinaus soll die Textsammlung Lehrenden und fortgeschrittenen Studierenden bei ihrer Arbeit helfen. Folgende Themen sind in dem gewichtigen Sammelwerk unter anderem enthalten: Migrationsentscheidung, die Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft, ihr ökonomisches Verhalten, empirische und theoretische Beiträge zur Migrationspolitik und die Effekte von Zuwanderung in Bezug auf die einheimische Bevölkerung.

Das Buch ist als Band 151 der „International Library of Critical Writings in Economics series“ bei Edward Elgar Publishing erschienen. (ISBN 1 85898 756 3; www.e-elgar.co.uk)

verzeichnen können (z. B. Spanien: -0,6%, Großbritannien/Niederlande: -0,5%, Italien: -0,3%), haben unter anderem in Österreich (+1,6%), Deutschland (+1,4%) und der Schweiz (+1,3%) schattenwirtschaftliche Aktivitäten seit 1998 weiter zugenommen. Insgesamt bleibt für die 1990er Jahre eine deutlich negative Entwicklung in den untersuchten Ländern festzuhalten.

Steuer- und Abgabenlast hauptverantwortlich

Die IZA-Studie liefert einen Überblick über einige aktuelle Untersuchungen zu den Ursachen des Wachstums der Schattenwirtschaft. Sie kommen durchweg zu dem Ergebnis, dass steigende Steuern und Sozialbeiträge hauptverantwortlich für die Zunahme der Aktivitäten in der Schattenwirtschaft sind. Je größer die Differenz zwischen den Gesamtarbeitskosten in der „offiziellen“ Wirtschaft und dem Arbeits-einkommen nach Steuern, desto größer ist der Anreiz, diese Differenz durch eine Tätigkeit in der Schattenwirtschaft auszugleichen bzw. zu umgehen. Der Anstieg der Schattenwirtschaft hängt demnach vor allem von der Gesamtsteuerlast und der Struktur des Sozialversicherungssystems ab.

Eine wichtige Rolle für die Entstehung der Schattenwirtschaft spielt ferner das Ausmaß staatlicher Regulierung, ausgedrückt in der Zahl der geltenden Gesetze und Verordnungen. Gesetzliche Vorschriften lassen die Arbeitskosten in der legalen Wirtschaft erheblich steigen. Da diese Kosten überwiegend auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden, bieten sie einen weiteren Anreiz für einen Wechsel in die Schattenwirtschaft.

Belastung für den Arbeitsmarkt

Der Studie Friedrich Schneiders zufolge lässt sich der Umfang der Schattenwirtschaft durchaus quantifizieren. Eine der vorgestellten Methoden bedient sich der Geldnachfrage, um die Größe und Entwicklung der Schattenwirtschaft und des dazugehörigen Arbeitsmarktes in Transformationsländern und OECD-Staaten zu bestimmen. Im Ergebnis ist die Wertschöpfung innerhalb der Schattenwirtschaft in den 1990er Jahren auf ein alarmierend hohes Niveau gestiegen. Parallel dazu ist auch der Arbeitsmarkt der Schattenwirtschaft - insbesondere aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in den meisten europäischen OECD-Staaten - deutlich gewachsen. In Deutschland hat sich der Anteil der Beschäftigten in der Schattenwirtschaft innerhalb von zwei Jahrzehnten verdoppelt: von 8-12% im Zeitraum 1974-1982 auf 19-23% in den Jahren 1997-1998. Diese Entwicklung liefert nicht zuletzt auch einen wichtigen Erklärungsansatz für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen Staaten.

Sowohl in Transformations- als auch in Industrieländern sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten ein komplexes Phänomen, das sich simplifizierenden Bekämpfungsstrategien verschließt. Wirksame Maßnahmen müssen umfassende, konsequent anreizorientierte Reformen der Sozialsysteme, der Besteuerung und der Arbeitsmarktstrukturen in den Mittelpunkt stellen.

US-Ökonom Jacob Mincer erhält IZA Prize in Labor Economics – Hochdotierte Auszeichnung für Pionier der Arbeitsmarktforschung

Mit *Jacob Mincer* (emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Columbia University, New York) erhält einer der bedeutendsten Arbeitsmarktökonomien der Gegenwart als erster Preisträger den neu geschaffenen IZA Prize in Labor Economics. Dieser vom IZA mit Unterstützung der Deutsche Post-Stiftung ausgelobte Preis zählt mit 50.000 Euro Preisgeld zu den attraktivsten internationalen Wissenschaftspreisen.

Auf einer Expertenkonferenz zu Ehren des 80. Geburtstags von Jacob Mincer gab IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* am 15. Juli 2002 den Namen des Preisträgers in New York offiziell bekannt. „Der IZA Prize in Labor Economics 2002 ehrt das Lebenswerk eines herausragenden Gelehrten und einflussreichen Pioniers der Arbeitsmarktforschung“, heisst es im offiziellen Award Statement (▼) des IZA Prize Committee, in dem unter anderem die Nobelpreisträger *George A. Akerlof*, *Gary S. Becker* und *James J. Heckman* mitgewirkt haben.

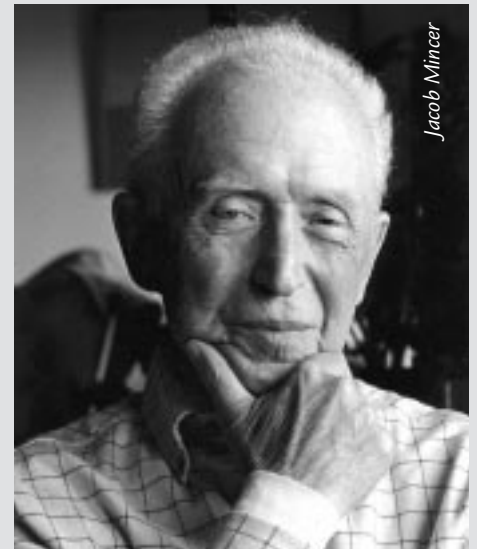
Jacob Mincers bahnbrechende Forschungsarbeiten konzentrieren sich insbesondere auf

den Zusammenhang von Aus- und Fortbildung, technischem Fortschritt und Lohnentwicklung. Sie stellen ein Plädoyer für Humankapitalbildung und „lebenslanges Lernen“ dar, das heute aktueller denn je ist. Das „Mincer-Modell“ (Verdienstfunktion des Humankapitals) gehört bis heute zu den grundlegenden Instrumenten in der empirischen Ökonomie.

Jacob Mincer wurde 1922 in Polen geboren. Dem Holocaust entkommen, emigrierte er 1948 in die USA. 1957 erwarb er den Dokortitel an der Columbia University, New York, und lehrte dort mit nur kurzen Unterbrechungen bis zu seiner Emeritierung.

Das IZA zeichnet mit dem von ihm vergebenen IZA Prize in Labor Economics jährlich hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Arbeitsökonomie aus. Der Preis unterstreicht die zentrale Bedeutung der Arbeitsökonomie für die Bewältigung der internationalen Arbeitsmarktprobleme. Die offizielle Preisverleihung wird am 25. November 2002 in Berlin

statt finden. Der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Post World Net und Präsident des IZA, *Klaus Zumwinkel*, wird den Preis übergeben.



Jacob Mincer

Award Statement des IZA Prize Committee

Mit Jacob Mincer erhält einer der bedeutendsten Arbeitsmarktökonomien der Gegenwart den „IZA Prize in Labor Economics 2002“. In einer Reihe von wegweisenden Studien zeigte Mincer, wie sich scheinbar widersprüchliche empirische Erkenntnisse zu Lohnungleichheit und Frauenerwerbstätigkeit mit Hilfe klassischer Preistheorie ordnen und interpretieren lassen. Sein kreativer Umgang mit wirtschaftstheoretischen Ansätzen zur Auswertung von Haushalts- und Arbeitsmarktdaten trug entscheidend dazu bei, dass die Arbeitsökonomie zu einer der bedeutendsten Teildisziplinen der Wirtschaftswissenschaften avancierte. Seine Arbeit gilt weithin als Leitbild für die empirische Wirtschaftsforschung.

(...) Als führendes Mitglied einer Gruppe von Ökonomen der Columbia University und der University of Chicago befasste sich Mincer systematisch mit der Entwicklung empirischer Grundlagen für die Erforschung von Humankapital. Seine 1958 im *Journal of Political Economy* veröffentlichte Studie erklärte bildungsbedingte Einkommensungleichheiten mit Hilfe des Konzepts kompensierender Differenziale. In einem 1962 im selben Journal erschienenen Artikel bot Mincer erstmalig eine systematische empirische Analyse berufs begleitender Weiterbildung als Bestimmungsfaktor des Lohnwachstums im Laufe eines Arbeitslebens. Sein maßgebendes Werk *Schooling, Experience and Earnings* (1974) stellte die Bedeutung von Humankapitalinvestitionen als Erklärung für verschiedene Muster der Einkommensungleichheit und des Lohnwachstums heraus. Mincer zeigte ferner die empirische Bedeutung der Komplementarität von Qualifikationen auf, indem er belegte, dass Arbeitskräfte mit höherem Bildungsniveau mehr in die postschulische Ausbildung investieren. Mincers Einkommensfunktion gilt als Meilenstein für die Interpretation von Einkommensdaten und findet in vielen wirtschaftswissenschaftlichen Teildisziplinen Anwendung. Seine nachfolgenden Arbeiten zu den Themen Beschäftigungsdyna-

mik, unternehmensspezifische Ausbildung, Investitionsreaktion auf technischen Fortschritt sowie zum jüngsten Anstieg der Lohnungleichheit innerhalb von Wirtschaftsräumen stellen eine Bereicherung des Basismodells dar und zeigen sein analytisches und empirisches Potenzial auf.

Auch auf den Gebieten der Frauenerwerbsarbeit und der Haushaltsökonomie leistete Jacob Mincer Pionierarbeit. Seine 1962 erschienene, grundlegende Studie zum Arbeitsangebot verheirateter Frauen nutzte den Preis der Freizeit – d.h. den Marktlohn – als Erklärungsgröße für das Phänomen des gleichzeitigen Anstiegs von Frauenerwerbsarbeit und Realvermögen der Gesellschaft. (...) Nicht zuletzt in Folge dieser Arbeiten entwickelte sich die Haushaltsökonomie zum eigenständigen Forschungsfeld. Mincers Erkenntnisse zu Arbeitsangebot, Humankapital und Fertilität lieferten die Grundlage für das Verständnis der Rolle von Frauen und Familie vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Entwicklung. (...)

Jacob Mincer ist der Vater der modernen empirischen Arbeitsökonomie und hat wie kaum jemand sonst die Entwicklung der wissenschaftlichen Methoden vorangetrieben, mit denen die Ökonomie heute Probleme und Zukunftsperspektiven der Arbeitswelt erforscht. Der IZA Prize in Labor Economics 2002 ehrt das Lebenswerk eines herausragenden Gelehrten und einflussreichen Pioniers der Arbeitsmarktforschung.



James J. Heckman

Jacob Mincer

Klaus F. Zimmermann

Gary S. Becker

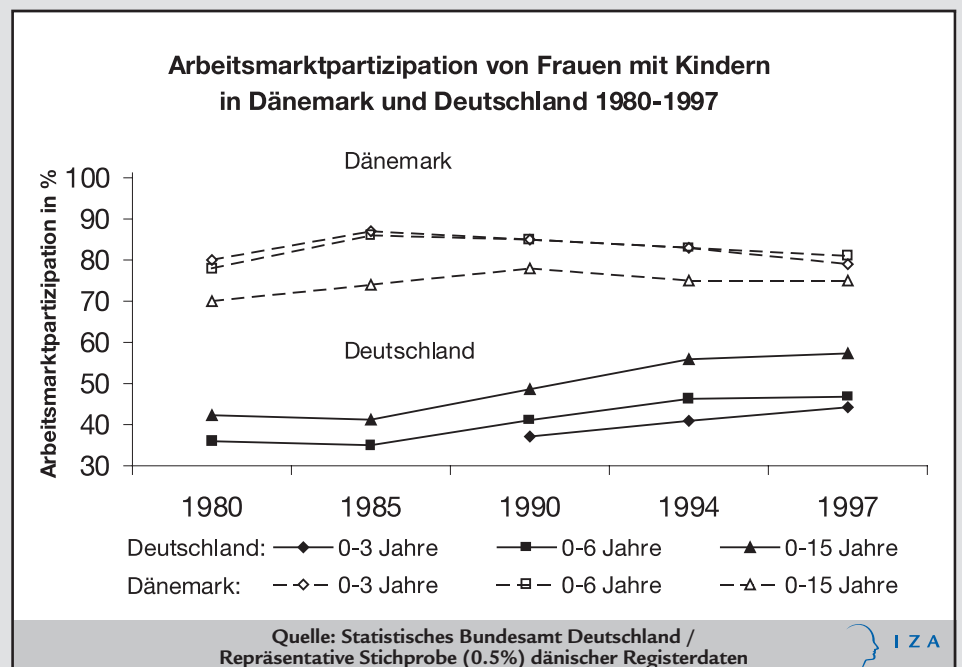
Familienfreundliche Arbeitsmarktpolitik: Ein Vergleich zwischen Deutschland und Skandinavien

Ungünstige demographische Trends führen zunehmend zu der Einsicht, dass eine moderne Beschäftigungspolitik es sich nicht leisten kann, einen erheblichen Teil der weiblichen Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt auszuschließen. In den meisten OECD-Staaten hat die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen zu einem Zeitpunkt zugenommen, als Fertilitätsraten (Zahl der pro Jahr geborenen Kinder bezogen auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter) und Bevölkerungszahl rückläufig waren. Ein zentrales arbeitsmarktpolitisches Anliegen muss es deshalb sein, den Arbeitsmarkt derart zu gestalten, dass jede(r) Erwerbsfähige die Möglichkeit hat, Familie und Beruf bzw. Karriere zu vereinbaren. (Dieser Beitrag von *Mette Ejrnæs* (University of Copenhagen; CIM), *Astrid Kunze* (IZA), *Nina Smith* (Aarhus School of Business; CIM; IZA) und *Mette Verner* (CIM) wurde durch den IZA Workshop „The Future of Family and Work: Evaluating Family Friendly Policies“ im Mai 2002 inspiriert.)

Obwohl der allgemeine Trend den Anschein einer negativen Korrelation zwischen Fertilitätsrate und Arbeitsmarktpartizipation von Frauen vermittelt, finden sich starke Unterschiede zwischen den OECD-Staaten. So verzeichnen die meisten skandinavischen Länder relativ hohe Geburtenziffern bei gleichzeitig umfangreicher Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern. Demgegenüber sind in Deutschland sowohl die Geburtenrate als auch die Beschäftigungsquote – insbesondere der Mütter – vergleichsweise gering, sieht man von einem leichten Aufwärtstrend in jüngster Zeit ab. Der Ländervergleich Deutschland – Dänemark offenbart beispielsweise, dass in Dänemark weit mehr Mütter mit Kindern im Vorschul- und Schulalter berufstätig sind (▲ *Abb. 1*). Hier drängt sich die Frage nach den Gründen für die geringe Arbeitsmarktpartizipation von Frauen in Deutschland auf.

Besteuerung und Familien-Nettoeinkommen

Häufig wird die gemeinsame Steuerveranlagung als Ursache für die geringe Erwerbstätigenrate verheirateter Frauen genannt, da sie das Einkommen des geringer Verdienenden systematisch zu hoch besteuert und somit einen negativen Arbeitsanreiz beinhaltet. Während dieses Prinzip in Deutschland weiterhin gilt, zeichnet sich in Europa ein allgemeiner Trend hin zur getrennten Besteuerung ab. Bis auf Norwegen, wo die Bürger zwischen der gemeinsamen und der separaten Besteuerung wählen können, gilt in allen skandinavischen Ländern ausschließlich das System der separaten Besteuerung. Darüber hinaus spielen bei den Anreizen zur Arbeitsaufnahme auch die Freibeträge für Kinder und Kinderbetreuung und sonstigen steuerlichen Vorteile eine bedeutende Rolle. Vergleicht man das Nettoeinkommen von Familien mit einem und zwei Ganztagsbeschäftigten, so wird deutlich, dass der Nettovorteil des verdoppelten Arbeitsangebots der Familie in den skandinavischen Ländern (vor allem in Finnland und Schweden) we-



sentlich höher ausfällt als in Deutschland, aber immer noch geringer als etwa in den USA (*OECD Employment Outlook 2001, S.142*).

Umfang der Kinderbetreuung

Ein zentraler familienpolitischer Unterschied zwischen Skandinavien und Deutschland besteht in der öffentlichen Bereitstellung der Kinderbetreuung. In Dänemark und den anderen skandinavischen Ländern wird Kinderbetreuung in großem Umfang vom Staat zur Verfügung gestellt. Rund zwei Drittel der dänischen Kinder bis zum 3. Lebensjahr und 91% der Drei- bis Sechsjährigen werden in öffentlich betriebenen Kindertagesstätten betreut (*OECD Employment Outlook 2001, S. 144*). Die Qualität der Betreuung gilt als sehr gut, und aufgrund hoher staatlicher Förderung sind die Kostenbeiträge der Eltern vergleichsweise gering. Der von den Familien für 50 Stunden wöchentlicher Betreuung (bei Kindern von 0-3 Jahren) aufzubringende Betrag von bis zu 350 Euro monatlich pro Kind deckt allerdings lediglich ein Drittel der tatsächlichen variablen Kosten der Kinderbetreuung. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt denn auch, dass das dänische System der Kinderbetreuung eines der kostenaufwändigsten in der Welt ist und macht deutlich, dass die gleiche Leistung bei geringeren Kosten zu erreichen wäre.

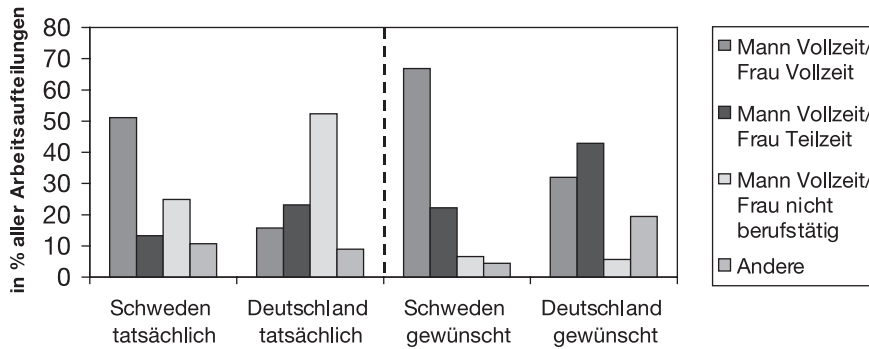
In Deutschland wird ein wesentlich geringerer Anteil der Kinder außerhalb der Familie betreut. Dies trifft vor allem für Kinder unter 3 Jahren zu – hier liegt die Betreuungsrate bei lediglich 10%. Weitaus positiver sieht das Bild bei den 3-6-jährigen aus. In dieser Gruppe wird der Großteil in Kindergärten betreut. Dennoch ist eine Vollzeitbeschäftigung beider Eltern in den meisten Fällen nicht möglich, da die Mehrzahl der Kindergärten nur bis zur Mittagszeit geöffnet ist.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es sich in Deutschland um ein Nachfrage- oder ein Angebotsproblem handelt. Werden Kinderbetreuungsangebote nicht ausgeweitet, weil sie privaten Unternehmen und Gemeinden zu teuer sind? Besteht bei den Eltern eine geringe Zahlungsbereitschaft für Kinderbetreuung, die ihnen eine Vollzeitbeschäftigung bereits ab dem ersten Lebensjahr ihres Kindes ermöglichen würde, oder steht ihnen nicht das nötige Einkommen zur Verfügung? Unabhängig davon, ob das hohe Ausmaß externer Kinderbetreuung in Skandinavien auch für Deutschland vorstellbar wäre, muss neueren Untersuchungen zufolge von einem sehr hohen, bisher nicht gedeckten Bedarf an ganztägiger Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen in der Bundesrepublik ausgegangen werden.

Präferenzen

Ein wichtiger Aspekt in dieser Debatte ist auch die Frage, ob in Deutschland die familiäre Kindererziehung womöglich höher bewertet wird als die in öffentlichen Einrichtungen. Sollte dies so sein, mag es mit der Sichtweise erklärt werden (die empirisch jedoch noch nicht genauer untersucht worden ist), dass Kleinkinder sich in Gruppen schlechter entwickeln als in Einzelbetreuung. Empirische Ergebnisse für andere Länder zeigen, dass die Entwicklung des Kindes positiv mit der Bildung der Mutter korreliert. Gleichzeitig hat eine Erwerbstätigkeit der Mutter jedoch nur geringe negative Effekte auf die Sprachentwicklung von 3- und 4-jährigen. Bezeichnenderweise offenbart der internationale Vergleich des Schulbildungsniveaus in der PISA-Studie der OECD, dass Staaten wie etwa die USA, Schweden oder Finnland, in denen die Mütter zu einem sehr frühen Zeitpunkt wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, in Bezug

Tatsächliche und gewünschte Aufteilung der Erwerbsarbeit im Haushalt (Vollzeit/Teilzeit) in Deutschland und Schweden



Quelle: OECD Employment Outlook 2001



auf die Schulbildung ihrer Kinder nicht schlechter abschneiden als Länder wie Deutschland, wo Mütter eine vergleichsweise lange Zeit nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleiben. Offenkundig sind also das Kinderbetreuungs- sowie das Bildungssystem wichtigere Determinanten für die Entwicklung von Kindern.

Darüber hinaus sind international sehr unterschiedliche Präferenzen in Bezug auf die gewünschte Erwerbsbeteiligung innerhalb eines Haushalts festzustellen. Hier überrascht das Ergebnis, dass nicht nur die Verfügbarkeit von Teilzeitstellen den Erfolg bei der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit auszumachen scheint. So arbeiten schwedische Mütter und Väter sehr häufig beide in Vollzeitstellen und zeigen eine hohe Präferenz für dieses Modell (▲ Abb. 2).

Berufswahl

In Dänemark, wie in den meisten skandinavischen Ländern, wurde in den 1960er und 70er Jahren damit begonnen, Frauen auf dem Arbeitsmarkt verstärkt zu fördern. Dies ging mit einer Ausweitung des öffentlichen Sektors einher. Viele Berufsgruppen dieses Sektors sind traditionell von Frauen dominiert, wie z.B. Krankenschwestern, Lehrerinnen, Fachkräfte in Kinderbetreuung und Altenpflege. So arbeiten in Dänemark über 50% der Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Sektor (wobei der Teilzeitanteil rückläufig ist), während der entsprechende Wert für Deutschland in den letzten zehn Jahren auf deutlich unter 20% zurückgegangen ist, bei einem gleichzeitigen, deutlichen Anstieg des Teilzeitanteils (▶ Abb. 3). Bezogen auf alle Wirtschaftssektoren weisen die skandinavischen Länder im europäischen Vergleich die größten Unterschiede beim ausgeübten Beruf zwischen Frauen und Männern (Segregation) auf. Deutschland nimmt in dieser Hinsicht einen Platz im Mittelfeld ein, während beispielsweise in Italien sowohl die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen (ca. 44%) als auch die Segregation sehr gering ausfällt. Dies deutet darauf hin, dass berufsbezogene Segregation und die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen stark miteinander korrelieren.

Angesichts des dänischen Falles mag man auch einen kausalen Zusammenhang annehmen, da dort der hohe Anteil von Frauen im öffentlichen Sektor zu einer Gesetzgebung geführt hat, die in einem wesentlich höheren Ausmaß familienfreundliche Arbeitsbedingungen im öffentlichen als im privaten Sektor geschaffen hat. Deshalb dürften (zukünftige) erwerbstätige Mütter eher den familienfreundlicheren öffentlichen Sektor für die Erwerbstätigkeit wählen.

Einkommenseffekte der Elternzeit

Zu niedrige Löhne im Vergleich zu den entstehenden Opportunitätskosten dienen als weiterer Erklärungsansatz für eine geringe Arbeitsmarktpartizipation von Frauen. Sind die angebotenen Löhne nicht hoch genug, um die Opportunitätskosten in Form von weniger Familienleben oder zusätzlichen Aufwendungen für die Kinderbetreuung zu kompensieren, kann dies einen Verzicht auf Beschäftigung zur Folge haben.

Aktuelle Analysen für Deutschland zeigen, dass sich der Tageslohn einer Frau in Vollzeitbeschäftigung durchschnittlich um mehr als 10%

pro Jahr der Elternzeit (inkl. des Mutterschutzes) verringert. Dieser Einkommensverlust ist weit höher als z. B. in Dänemark oder Schweden, wo er zwischen 2-5% pro Jahr der Arbeitsunterbrechung beträgt. Aus ökonomischer Sicht folgt daraus, dass eine Rückkehr ins Erwerbsleben für Mütter in Deutschland im Vergleich zu Skandinavien weniger attraktiv ist. Dieser Effekt wird noch verstärkt durch die Verringerung des Nettoeinkommens in Folge gemeinsamer Besteuerung, unzureichender Kinderbetreuungsangebote und hoher Betreuungskosten.

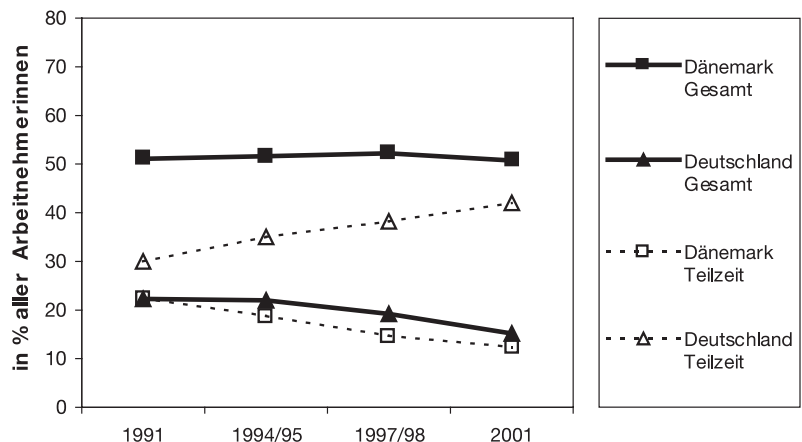
Politikempfehlungen

Die Entscheidung für Arbeit und Familie ist von komplexer ökonomischer Natur. Sie basiert auf vielen individuellen und haushaltsspezifischen Faktoren, hängt aber auch von den institutionellen Rahmenbedingungen ab. In Deutschland verfolgen die politischen Parteien teils unterschiedliche Konzepte in der Familienpolitik, die u. a. eine Erhöhung der Zahl der Kinderbetreuungsangebote oder aber ein erhöhtes Familiengeld während der Elternzeit vorsehen.

Hinreichende Möglichkeiten außerfamiliärer Kinderbetreuung sind ohne Zweifel eine Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie. Ob eine Anhebung der Ersatzleistungen während der Elternzeit einen vergleichbaren Arbeitsangebotseffekt hat, ist zweifelhaft, da ihr Umfang derzeit unabhängig vom vorherigen Arbeitslohn ist und stark unter dessen Niveau liegt. Selbst eine Anhebung der Lohnersatzleistungen um 100 oder gar 200 Prozent bzw. eine Verlängerung der Bezugsdauer kann das entgangene Erwerbseinkommen nicht kompensieren. Im Übrigen zeigt das dänische Beispiel: Je geringer die Dauer der Ersatzleistung während der Elternzeit, desto höher das Arbeitsangebot von Müttern nach der Geburt des Kindes.

Soll eine höhere Arbeitsmarktpartizipation von Müttern/Frauen zum Politikziel in Deutschland werden, sind die separate Besteuerung von Haushaltspersonen, die Bereitstellung von (kostengünstigen) Ganztagsbetreuungsplätzen

Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst in Deutschland und Dänemark 1991-2001



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland / CLS-Daten & Statistics Denmark



für Kinder und flexible Modelle einer verkürzten, einjährigen Elternzeit mit ausreichenden öffentlich finanzierten Lohnersatzzahlungen als wichtige Bestandteile eines Maßnahmenbündels zu nennen.

Im Übrigen sind Anreize für eine aktivere Rolle der Väter in der Kindererziehung notwendig,

was wiederum auch die Frauenerwerbstätigkeit fördert. In Skandinavien konnte das erreicht werden, indem ein Teil der Elternzeit für Väter reserviert wurde. Im Falle Norwegens verlieren Eltern den Anspruch auf 2-4 Wochen von insgesamt 52 (inklusive der finanziellen Zuschüsse), wenn sie von den Vätern nicht in Anspruch genommen werden. Der Erfolg ist,

dass fast 90 Prozent der Väter an der Elternzeit teilnehmen. Diese und andere innovative Politikansätze könnten auch in Deutschland erheblich dazu beitragen, eine familienfreundlichere Arbeitswelt sowie eine positivere Einstellung gegenüber arbeitenden Müttern bei Arbeitgebern und in der gesamten Gesellschaft zu erreichen.



IZA-Programmdirektor Christoph M. Schmidt neuer Präsident des RWI



Christoph M. Schmidt

Seit dem 1. Oktober 2002 ist IZA Programmdirektor *Christoph M. Schmidt* (Universität Heidelberg) Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen. Schmidt, der 1995 unter der Betreuung von IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann habilitierte, ist seit 1998 IZA Research Fellow und Programmdirektor für den IZA-Forschungsbereich „Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und Projekten“. Diese Position gibt Christoph M. Schmidt nun auf. *Klaus F. Zimmermann* würdigte die hervorragenden Leistungen Schmidts für das IZA und wünschte ihm

eine glückliche Hand für seine neue, herausfordernde Aufgabe. Das RWI ist eine unabhängige und gemeinnützige Einrichtung der wissenschaftlichen Forschung, die sich mit der Beobachtung und Analyse der Wirtschaft und ihrer Entwicklung befasst. Der Forschungsschwerpunkt des Instituts liegt bei Diagnosen und Prognosen der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland und in bedeutenden Industrieländern.



Erstes IZA/SOLE TransAtlantic Meeting of Labor Economists

Vom 6.-8. Juni 2002 fand im bayerischen Buch am Ammersee das erste IZA/SOLE TransAtlantic Meeting of Labor Economists statt. Das IZA und die Society of Labor Economists (SOLE) haben diese gemeinsame Initiative gestartet, um die besondere Rolle der Arbeitsmarktforschung in Europa und den USA hervorzuheben.

Ziel der fortan jährlich geplanten TransAtlantic Meetings ist die Förderung der Diskussion und Kooperation unter Arbeitsökonomern durch den regelmäßigen Austausch von Forschungsergebnissen. Arbeitsökonomern aus aller Welt sollen dieses Forum nutzen können, um die

vielfältigen Probleme der modernen Arbeitsmärkte zu erörtern.

„Mit dem Diskussionsprozess im Rahmen der Transatlantic Meetings beabsichtigen IZA und SOLE den wissenschaftlichen Kenntnisstand zu grundlegenden Parametern des Arbeitsmarktes zu erweitern, um nicht zuletzt die Auswirkungen von Reformen der Arbeitsmarktpolitik besser vorhersagen können“, so IZA-Forschungsdirektor *Gerard A. Pfann* (Maastricht University), der die erste Konferenz zusammen mit IZA-Programmdirektor *Daniel S. Hamermesh* (University of Texas, Austin) organisierte.

Aus 110 eingereichten Forschungsarbeiten wurden für die Veranstaltung 22 Papiere ausgewählt. Zu den behandelten Themenschwerpunkten zählten u. a.: „Mobilität von Arbeitskräften“, „Arbeitsangebot und internationale Standards“, „Lohnunterschiede, Mobilität und Technologie“, „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ sowie „Reservationslöhne und Arbeitsmarktpolitik“.

In gesonderten Präsentationen referierten *Orley C. Ashenfelter* (Princeton University) über „The Value of Life“ und *Petra Todd* (University of Pennsylvania, Philadelphia) zu „Schooling and Support Programs“.

Einzelheiten zum Programm des IZA/SOLE TransAtlantic Meeting 2002 und die dort vorgestellten Forschungspapiere sind unter www.iza.org verfügbar.

CALL FOR PAPERS

Second IZA/SOLE TransAtlantic Meeting of Labor Economists, 5.-8. Juni 2003, Buch am Ammersee

Das zweite IZA/SOLE TransAtlantic Meeting of Labor Economists wird vom 5.-8. Juni 2003 wiederum in Buch am Ammersee stattfinden. Kurzfassungen zum Vortrag gedachter Forschungsarbeiten können bis zum 31. Januar 2003 an das IZA gesandt werden (maurer@iza.org; Fax +49 (228) 3894-180). Bis zum 15. April 2003 erfolgt die Mitteilung über die Annahme oder Ablehnung der Arbeiten. Nähere Informationen zu den Teilnahmemodalitäten hält die IZA-Homepage bereit.



Petra Todd



Orley C. Ashenfelter

ESSLE 2002 versammelte hochkarätige Ökonomen

Anlässlich des vierten IZA/CEPR European Summer Symposium in Labor Economics (ESSLE) trafen 40 renommierte Arbeitsökonominnen im Managementzentrum der Deutsche Post World Net in Buch am Ammersee zur Präsentation und Diskussion aktueller Forschungsergebnisse zusammen. Das diesjährige ESSLE-Programm, zusammengestellt von *Juan J. Dolado* (University Carlos III., Madrid, CEPR und IZA), *Gilles Saint-Paul* (University of Toulouse, CEPR und IZA) und IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn, DIW Berlin und CEPR) deckte ein breites Themenspektrum der arbeitsmarkttheoretischen Diskussion ab.

Zu Beginn des Symposiums stellte *Jean-Marc Robin* (INRA, CEPR und IZA) eine Studie über Lohnverhandlungen und Arbeitsmobilität vor, in der er ein Verfahren zur Schätzung der Verhandlungsstärke von Arbeitnehmern – unter besonderer Berücksichtigung der Jobsuche aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis heraus – modellierte. *Bruno Crépon* (CREST-INSEE) folgte mit einer Analyse eines französischen Einkommensteuer-Subventionsprogramms.

Die Frage, ob Firmen Gehälter zeitlich vor einem Beschäftigungsverhältnis festlegen sollten, somit aber Gefahr laufen ein nachteiliges Auswahlverfahren zu schaffen, oder ob die Bewerber selbst mit dem Arbeitgeber über die Lohnhöhe verhandeln sollten, was jedoch zu eventuellen Verzögerungen im Einstellungsverfahren führen könnte, wurde von *Claudio Michelacci* (University Carlos III., Madrid) untersucht. *Sang-Hyop Lee* (University of Hawaii) beschäftigte sich mit dem Einfluss des Internets auf Gehaltsstrukturen.

In einer umfangreichen Präsentation stellte *Edward Lazear* (Stanford University und IZA) eine Theorie zur Frage der Typisierung potenzieller Unternehmer vor. Danach sind „typische“ Angestellte in einigen Bereichen, auf



Edward Lazear

die sie sich spezialisiert haben, sehr leistungsfähig, für andere Aufgaben jedoch nicht in gleicher Weise qualifiziert. „Typische“ selbständige Unternehmer hingegen sind durchweg breiter qualifiziert und in der Lage, viele verschiedene Aufgaben gleichermaßen erfolgreich zu bewältigen. Entsprechend ihrer jeweiligen Fähigkeiten entscheiden sich Personen demnach, ob sie eine Angestelltenlauf-

bahn oder den Weg in die Selbständigkeit einschlagen.

Etienne Wasmer (ECARES Brüssel, CEPR und IZA) präsentierte ein Modell, in dem Strukturunterschiede des europäischen und amerikanischen Arbeitsmarktes als Unterschiede in der Ausprägung von Investitionen in das Bildungskapital interpretiert werden, die durch den Flexibilitätsgrad der jeweiligen Arbeitsmarktpolitik bestimmt sind.

Zvi Eckstein (University of Minnesota, CEPR und IZA) diskutierte die Ergebnisse eines Matchings der Berufserfahrung von Immigranten in Israel mit Hilfe eines Dynamic-Choice-Modells. *Eric Gould* (Hebrew University, Jerusalem und CEPR) entzündete eine längere Diskussion mit seiner Theorie des Wartens auf 'Mr.Right', die den Versuch unternahm eine Verbindung zwischen abnehmenden Eheschließungsraten und dem zunehmenden Einkommensgefälle in den USA herzustellen.

Auf die Möglichkeit, dass die bisher vorliegende Fachliteratur zu interindustriellen Lohnunterschieden unter fehlerhaften Spezifikationen leide, verwies *Francis Kramarz* (CREST, CEPR und IZA), der in seinem Vortrag Lohnunterschiede und die optimale Branchenverteilung von Arbeitskräften unter-



Alison Booth

suchte. *Alison Booth* (University of Essex, Australian National University, CEPR und IZA) lieferte empirische Beweise für die erhebliche Einkommensklüfte zwischen weiblichen und männlichen Akademikern in Großbritannien.

Gilles Saint-Paul (University of Toulouse, CEPR und IZA) stellte eine Theorie über die Auswirkungen der Informationstechnologie auf die Verteilung von Einkommen, die Struktur von Bildungskapital-Investitionen und eine mögliche Herausbildung von Bildungseliten zur Diskussion. *Nils Gottfries* (Uppsala University und IZA) präsentierte ein Modell zur On-The-Job-Arbeitsplatzsuche und zum Ranking von Bewerbern durch Unternehmen, das zur Erklärung der Fortdauer hoher Arbeitslosigkeit nach makroökonomischen Schocks beitragen kann.

Samuel Bentolila (CEMFI und CEPR) beschäftigte sich mit dem bei einer wachsenden Zahl junger Südeuropäer festzustellenden Trend, länger bei ihren Eltern zu wohnen und führte dies auf die im Vergleich unsichereren Arbeitsmarktpers-

pektiven von heute jungen Menschen zurück. *Gil S. Epstein* (Bar-Ilan University, Ramat Gan, CEPR und IZA) untersuchte die politische Ökonomie der Migrationspolitik mit Hilfe eines Lobbying-Modells, in dem Migrationsbefürworter und -gegner bestrebt sind, politische Entscheidungsträger gemäß ihren Interessen zu beeinflussen. *Armin Falk* (Universität Zürich, CEPR und IZA) lieferte – gestützt auf ein Experiment zur Erforschung der Anreizeffekte von Leistungswettbewerben in unterschiedlichen Umfeldern – Antworten auf die Frage, unter welchen Bedingungen Firmen solche Wettbewerbe als Leistungsfördernden Anreiz für ihre Beschäftigten nutzen sollten. *Jan van Ours* (CentER, Tilburg, CEPR und IZA) analysierte die Auswirkungen des Cannabis- und Kokainkonsums auf Beschäftigungsaussichten und Gehaltscharakteristika.

Am letzten Tag des Symposiums hinterfragte *Giovanni L. Violante* (University of New York und CEPR) stilisierte Fakten zu zentralen Unterschieden zwischen den Arbeitsmärkten in Europa und den USA im Hinblick auf Einkommensstrukturen und Arbeitslosigkeit anhand eines Modells friktionaler Märkte. Der wachsende Einfluß der Schattenwirtschaft in vielen Ländern Europas und die große Bandbreite dieser Aktivitäten innerhalb der einzelnen Länder war Gegenstand des Vortrags von *Pietro Garibaldi* (Bocconi University, Mailand, CEPR und IZA).

Anhand einer Analyse lokaler Beschäftigungsdynamik erörterte *Thierry Magnac* (INRA, CEPR und IZA) die strategische Frage, ob sich lokale Arbeitsmärkte auf einige wenige Industriezweige spezialisieren oder sich vielmehr diversifizieren sollten. *Maia Güell* (University Pompeu Fabra, Barcelona und CEPR) untersuchte die Auswirkungen von Zeitverträgen auf die Verteilung der Zeitdauer spanischer Arbeitslosigkeit. *Raquel Carrasco* (University Carlos III., Madrid und CEPR) stellte ein Arbeitsangebotsmodell von Familien vor, mit dessen Hilfe die Auswirkungen einer Steuerreform in Spanien beurteilt werden können. Das Symposium endete mit einer Präsentation von *Michael Gerfin* (Universität Bern), die die Evaluation zweier alternativer, auf ein Beschäftigungsprogramm bzw. befristete Lohnsubventionen konzentrierter, aktiver Arbeitsmarktgesetzgebungen in der Schweiz zum Gegenstand hatte.

Die Vorträge von ESSLE 2002 können auf der IZA-Homepage eingesehen werden.



KURZBERICHTE · NEUE IZA-MITARBEITER

+++ IZA Affiliate Lilo Locher promoviert als erste Absolventin der Bonn Graduate School of Economics +++

Am 18. Juli 2002 absolvierte *Lilo Locher*, als Resident Research Affiliate am IZA tätig, mit großem Erfolg ihr Rigorosum. Damit schloss sie als erste Absolventin der im Oktober 1998 in enger Kooperation mit dem IZA gegründeten Bonn Graduate School of Economics (BGSE) ihre Dissertation ab. Ihre Arbeit mit dem Titel „Jewish and German Emigration from the Former Soviet Union in the 1990s“ analysiert die zwei größten Auswanderungsbewegungen in Folge der Auflö-

sung der Sowjetunion. Die Arbeit vergleicht die beiden Migrationsströme nach Israel und Deutschland und beschäftigt sich insbesondere mit der Veränderung der Migrationsentscheidungen im Verlauf der 1990er Jahre. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* würdigte Lilo Lochers Leistung als Ansporn für alle weiteren IZA Resident Research Affiliates, die als Doktoranden der BGSE ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Forschungsarbeit des IZA leisten.

+++ EEA-Preis 2002 an IZA-Mitarbeiter Marco Leonardi +++

Marco Leonardi, seit September 2002 als Research Associate am IZA tätig (▼), wurde mit dem diesjährigen „Young Economist Award“ der European Economic Association (EEA) ausgezeichnet. Diesen Preis verleiht die EEA alljährlich im Rahmen ihrer Jahrestagung an die besten Nachwuchswissenschaftler, deren Forschungsarbeiten in das Programm der Konferenz aufgenommen wurden. Im Rahmen der traditionellen Ansprache des EEA-Präsidenten wurde der Preis am 22. August in Venedig an *Marco Leonardi* überreicht. Seine preisgekrönte Studie trägt den Titel „Product Demand Shifts and Wage Inequality“. Nachdem bereits

im vergangenen Jahr drei IZA Research Affiliates mit dem Young Economist Award 2001 ausgezeichnet worden waren, zeigt die diesjährige Entscheidung der EEA einmal mehr, dass es dem IZA gelungen ist, einige der besten Nachwuchswissenschaftler in die Forschungsarbeit des Instituts einzubinden.

+++ Neue IZA Alumni +++

IZA Resident Research Affiliate *Wendelin Schnedler* ist zum 1. Oktober 2002 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Leverhulme Centre for Market and Public Organisation (CMPO), University of Bristol, gewechselt. IZA Resident Research Affiliate *Lilo Locher* hat zum 1. Oktober eine reizvolle Aufgabe in einer Unternehmensberatung übernommen. IZA Research Associate *Astrid Kunze* wird zum 1. Dezember 2002 Associate Professor of Economics an der Universität Bergen, Norwegen. *Damon Clark*, IZA Research Associate, übernimmt zum 1. Januar 2003 eine neue Aufgabe als Wissenschaftler am Department of Economics, University of California, Berkeley. Das IZA dankt allen für ihre hervorragenden Leistungen und wird mit ihnen als IZA Alumni weiterhin verbunden bleiben.



Klaus F. Zimmermann

Lilo Locher

Kenneth R. Troske, Associate Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri-Columbia, hat im Januar 2002 erstmals die neu geschaffene Position des IZA Visiting Research Fellow besetzt. Mit dieser Initiative will das IZA renommierte Arbeitsökonom, die im Rahmen des weltweiten Fellow-Netzwerks an den IZA-Forschungsaktivitäten beteiligt sind, für eine bestimmte Zeit vor Ort in die Arbeit des Instituts einbinden. *Kenneth R. Troske* gilt als ausgewiesener Experte für Arbeitsökonomie. Seine Arbeiten wurden bereits in zahlreichen Fachzeitschriften, u. a. in *American Economic Review*, *Quarterly Journal of Economics* und *Journal of Labor Economics*, veröffentlicht.



Kenneth R. Troske

Gülçin Gümüş schloss ihr Studium der Wirtschaftswissenschaften 1997 an der Middle East Technical University, Ankara, mit einem Bachelor of Science ab und wechselte anschließend zum Masters-Studium an die Cornell University, Ithaca. Dort promovierte sie 2002 zum Thema „Dynamic Models of the Social Security Disability Insurance Application Decision“. Fragen der sozialen Sicherung bleiben auch weiterhin Schwerpunkt ihrer For-



Gülçin Gümüş

schungsaktivitäten auf den Gebieten Arbeitsökonomie, angewandte Mikroökonomie und Ökonometrie. Seit September 2002 ist *Gülçin Gümüş* als wissenschaftliche Mitarbeiterin für das IZA tätig.

Ana Rute Cardoso, wissenschaftliche Mitarbeiterin des IZA seit Oktober 2002, promovierte 1997 in Wirtschaftswissenschaften am European University Institute in Florenz zum Thema „Earnings Inequality in Portugal: The Rele-



Ana Rute Cardoso

vance and the Dynamics of Employer Behaviour“. Zuvor absolvierte sie ihr Masters-Studium an der Technischen Hochschule Lissabon. Von 2000 bis 2002 war sie als Gastwissenschaftlerin für die Banco de Portugal, die Australian National University sowie die Europäische Kommission tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Lohnungleichheit, Arbeitgeberverhalten und Arbeitsmarktinstitutionen wie z.B. Flächentarifverträge und Mindestlöhne.



Marco Leonardi

Seit September 2002 ist *Marco Leonardi* wissenschaftlicher Mitarbeiter des IZA. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Bocconi-Universität in Mailand, absolvierte anschließend den Masters-Studiengang der Ökonometrie und Wirtschaftsmathematik an der London School of Economics (LSE) und promovierte dort zu „Demand Shifts and Wage Inequality“. 1998 war *Marco Leonardi* als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Economic Performance der LSE tätig. 1999 besuchte er als Gastwissenschaftler das MIT Department of Economics. Seine Forschungsaktivitäten in der Arbeitsökonomie konzentrieren sich insbesondere auf Fragen der Lohnungleichheit und Einkommensmobilität.



NEUE IZA DISCUSSION PAPERS

Eine vollständige Liste aller IZA Discussion Papers ist unter www.iza.org abrufbar.
Die meisten Discussion Papers stehen als PDF-Dateien zur Verfügung.

- 548 Markus Frölich**
What is the Value of Knowing the Propensity Score for Estimating Average Treatment Effects?
- 547 Gil Epstein, Ira N. Gang**
Government and Cities: Contests and the Decentralization of Decision Making
- 546 Alfred M. Stiglitz, Florian Stahl, Rudolf Winter-Ebmer, Josef Zweimüller**
Job Creation and Job Destruction in a Regulated Labor Market: The Case of Austria
- 545 Michael Fertig, Christoph M. Schmidt**
The Role of Background Factors for Reading Literacy: Straight National Scores in the PISA 2000 Study
- 544 Pedro Portugal, Ana Rute Cardoso**
Disentangling the Minimum Wage Puzzle: An Analysis of Worker Accessions and Separations
- 543 Julia Darby, Robert A. Hart**
Wages, Productivity, and Work Intensity in the Great Depression
- 542 Markus Frölich**
Programme Evaluation with Multiple Treatments
- 541 Bart Cockx, Muriel Dejemeppe**
Do the Higher Educated Unemployed Crowd Out the Lower Educated Ones in a Competition for Jobs?
- 540 Gil Epstein, Astrid Kunze, Melanie Ward**
High-Skilled Migration and the Exertion of Effort by the Local Population
- 539 Yu-Fu Chen, Dennis J. Snower, Gylfi Zoega**
Labour-Market Institutions and Macroeconomic Shocks
- 538 Michael Orszag, Dennis J. Snower**
The Pension Transfer Program
- 537 Michael Orszag, Dennis J. Snower**
Unemployment Vouchers versus Low-Wage Subsidies
- 536 Michael Orszag, Dennis J. Snower**
Pension Taxes versus Early Retirement Rights
- 535 Paola Manzini, Dennis J. Snower**
Wage Determination and the Sources of Bargaining Power
- 534 Assar Lindbeck, Dennis J. Snower**
The Insider-Outsider Theory: A Survey
- 533 Stefan Fölster, Robert Gidehag, Michael Orszag, Dennis J. Snower**
Assessing Welfare Accounts
- 532 Michael Orszag, Dennis J. Snower**
From Unemployment Benefits to Unemployment Accounts
- 531 Marika Karanassou, Héctor Sala-Lorda, Dennis J. Snower**
Unemployment in the European Union: A Dynamic Reappraisal
- 530 Marika Karanassou, Dennis J. Snower**
Unemployment Invariance
- 529 Michael Orszag, Dennis J. Snower**
Incapacity Benefits and Employment Policy
- 528 Paola Manzini, Marco Mariotti**
Arbitration and Mediation: An Economic Perspective
- 527 Jan C. van Ours**
The Locking-in Effect of Subsidized Jobs
- 526 Edwin Leuven, Hessel Oosterbeek**
A New Approach to Estimate the Wage Returns to Work-Related Training
- 525 James Heckman, Carolyn Heinrich, Jeffrey A. Smith**
The Performance of Performance
- 524 Juan José Dolado, Florentino Felgueroso, Juan F. Jimeno**
Recent Trends in Occupational Segregation by Gender: A Look Across the Atlantic
- 523 Josef Falkinger, Volker Grossmann**
Workplaces in the Primary Economy and Wage Pressure in the Secondary Labor Market
- 522 Sverre-Åge Dahl, Øivind Anti Nilsen, Kjell Vaage**
Gender Differences in Early Retirement Behaviour
- 521 René Fahr, Uwe Sunde**
Employment Status, Endogenous Regional Mobility, and Spatial Dependencies in Labor Markets
- 520 Uwe Sunde**
Unobserved Bilateral Search on the Labor Market: A Theory-Based Correction for a Common Flaw in Empirical Matching Studies
- 519 Sarit Cohen, Zvi Eckstein**
Labor Mobility of Immigrants: Training, Experience, Language and Opportunities
- 518 Pedro Carneiro, James Heckman**
The Evidence on Credit Constraints in Post-Secondary Schooling
- 517 Erdal Tekin**
Child Care Subsidies, Wages, and Employment of Single Mothers
- 516 Holger Bonin**
Eine fiskalische Gesamtbilanz der Zuwanderung nach Deutschland
- 515 Jeremiah Hurley, Rhema Vaithianathan, Thomas F. Crossley, Deborah Cobb-Clark**
Parallel Private Health Insurance in Australia: A Cautionary Tale and Lessons for Canada
- 514 Friedrich Schneider**
The Size and Development of the Shadow Economies of 22 Transition and 21 OECD Countries
- 513 Christian Belzil, Jürgen Hansen**
Earnings Dispersion, Risk Aversion and Education



IZA-GASTWISSENSCHAFTLER

Von Mai bis September 2002 konnte das IZA die nachfolgenden Ökonomen als Gäste begrüßen und mit ihnen aktuelle Fragen der Arbeitsmarktforschung erörtern:

- Christian Belzil**
(Concordia University, Montreal, Canada)
- Yoosoon Chang**
(Rice University, Houston, USA)
- Yu-Fu Chen**
(University of Dundee, UK)
- Janet Currie**
(University of California, Los Angeles, USA)
- Leif Danziger**
(York University, Canada)
- John S. Earle**
(Upjohn Institute for Employment Research, Kalamazoo, USA)
- Randall W. Eberts**
(Upjohn Institute for Employment Research, Kalamazoo, USA)
- Gil Epstein**
(Bar-Ilan University, Israel)
- Scott Fuess**
(University of Nebraska, Lincoln, USA)
- Ira N. Gang**
(Rutgers University, New Brunswick, USA)
- Pietro Garibaldi**
(Bocconi University, Milan, Italy)
- Patrik Guggenberger**
(Yale University, New Haven, USA)
- Axel Heitmueller**
(Heriot-Watt University, Edinburgh, UK)
- Lutz Hendricks**
(Arizona State University, Tempe, USA)
- David Jaeger**
(College of William and Mary, Williamsburg, USA)
- Bruce E. Kaufman**
(Georgia State University, Atlanta, USA)
- Jozef Konings**
(LICOS, Catholic University of Louvain, Belgium)
- Sherrie Kossoudji**
(University of Michigan, Ann Arbor, USA)
- Peter Kuhn**
(University of California, Santa Barbara, USA)
- Olga Kupets**
(Kiev Mohyla Academy, Ukraine)
- Edward Lazear**
(Stanford University, USA)
- Hartmut Lehmann**
(Heriot-Watt University, Edinburgh)
- Eric Maurin**
(CREST/INSEE, Paris, France)
- Carlos Medina**
(University de los Andes, Bogota, Colombia)
- Marc L. Nerlove**
(University of Maryland, College Park, USA)
- Shoshana Neuman**
(Bar-Ilan University, Israel)
- Øivind Anti Nilsen**
(University of Bergen, Norway)
- Ronald L. Oaxaca**
(University of Arizona, Tucson, USA)
- Patrick A. Puhani**
(University of St. Gallen, Switzerland)
- Mark Regets**
(National Science Foundation, Arlington, USA)
- Volker Reintaler**
(University of Bonn, Germany)
- Michael Reiter**
(University Pompeu Fabra, Barcelona, Spain)
- Eva Rueckert**
(Heriot-Watt University, Edinburgh, UK)
- Eric Toulemonde**
(University of Namur, Belgium)
- Eileen Trzcinski**
(Wayne State University, Detroit, USA)
- Andrea Vindigni**
(Princeton University, USA)
- Bruce A. Weinberg**
(Ohio State University, Columbus, USA)
- Sourushe Zandvakili**
(University of Cincinnati, USA)

M E I N U N G

Schröders zweite Chance – Aufbruch für den Arbeitsmarkt?



Nur mit Mühe hat die Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Grünen die Bundestagswahl für sich entschieden. Brachte die kritische Haltung zum Thema eines neuen Irakkriegs wohl die Entscheidung, so lieferte die Vorlage des Berichtes der Hartz-Kommission zum Höhepunkt des Wahlkampfes die Basis des Erfolges. Nach dem Aufruhr um geschönte Vermittlungsstatistiken bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg Anfang des Jahres war eine Reformkommission unter Leitung des VW-Managers Hartz daran gegangen, innovative Ansätze für mehr Beschäftigung zu formulieren. Kanzler Schröder neutralisierte trotz hoher Arbeitslosigkeit das schlechte Image der Regierung mit dem Versprechen, diese Vorschläge nach der Wahl voll umzusetzen.

Die ersten Schritte der neuen Regierung signalisieren die Absicht, aus den Fehlern der ersten Amtsperiode zu lernen. Ein bedeutendes Signal für den Aufbruch bildet der Neuzuschnitt der Schlüsselministerien. Im Zentrum steht dabei das neue Ministerium für Arbeit und Wirtschaft. Grundlage dafür ist einerseits die Teilung des bisherigen Sozial- und Arbeitsministeriums, wobei die Zuständigkeiten für die

Sozialsysteme mit dem Gesundheitsministerium verbunden werden. Aus dem Finanzministerium kommt ferner die Führungskompetenz für die Makropolitik und den Jahreswirtschaftsbericht der Regierung zurück ins Wirtschaftsministerium.

Damit wird endlich die nötige Trennung von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik organisatorisch vollzogen. Es war die Dominanz der sozialen über die allokativen Politikmotive, die die Arbeitsmarktpolitik aller Parteien über die Jahre hinweg behindert hatte. Arbeitsplätze werden letztlich in der Wirtschaft geschaffen. Dies zu sichern ist die Aufgabe guter Wirtschaftspolitik. Nun müssen die eher an Wettbewerbsfragen orientierten Stäbe aus dem Wirtschaftsministerium mit den eher an die Verteilung von Fördermitteln gewohnten Mitarbeitern des Arbeitsministeriums zu einer neuen Einheit verbunden werden.

Hier prallen tatsächlich zwei sehr unterschiedliche Kulturen aufeinander. Wie soll jedoch der Minister die bockigen gesellschaftlichen Gruppen zu einem wirklichen „Bündnis für Arbeit“ zusammenbringen, wenn dies nicht zuvor schon im eigenen Haus gelingt? Dass Bundeskanzler Schröder mit Wolfgang Clement ein ausgewiesenes politisches Schwergewicht mit der Leitungsaufgabe betraut hat, zeigt, dass er die Problematik zuende gedacht hat.

Die Erwartungen sind also groß. Zu den ersten begrüßenswerten Entscheidungen gehört die angesichts der fragilen Konjunkturlage nötige Abkehr vom strikten fiskalischen Sparkurs. Die mittelfristige Konsolidierung der Haushalte soll (und darf) dabei nicht aufgegeben werden. Die Präsenz von Frauen im Arbeitsmarkt soll durch den Ausbau von Ganztagschulen auf Dauer gestärkt werden. Die schrittweise Auflösung des Meisterprivilegs im Handwerk wird neue Arbeitsplätze schaffen und den Wettbewerb stärken. Die aktive Arbeitsmarktpolitik, deren Wirksamkeit trotz hoher Kosten umstritten ist, soll deutlich zurückgefahren werden. Allerdings sollten dabei Wiedereingliederungshilfen weiter eingesetzt werden können, da sie vergleichsweise erfolgreich sind.

Weitere Reformsignale sind nötig. Zwei Tabubrüche würden den Eindruck des Aufbruchs in Deutschland auch international nachhaltig stärken: die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten und die Lockerung des Kündigungsschutzes. Beide Maßnahmen wären aber für die Gewerkschaften schwer zu verkraften. Vorbehalte könnten durch zeitlich oder räumlich begrenzte Regelungen abgebaut werden, etwa durch Experimente mit den Ladenöffnungszeiten in den ostdeutschen Ländern und Berlin oder durch eine auf zehn Jahre eingeführte Wahlmöglichkeit einer gesetzlich geregelten Abfindung anstelle des Kündigungsschutzes für ältere oder dauerarbeitslose Arbeitnehmer.

Auf die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission darf man gespannt sein, auch wenn sie allein noch nicht ausreichen werden. Im Vordergrund sollte die Einführung der Personal-Service-Agenturen stehen. In Zusammenarbeit mit und im Wettbewerb zu privaten Leihfirmen sollen diese Agenturen Arbeitslose einstellen und auf Zeit an Unternehmen vermitteln. Die Einstellung sollte sich von vornherein auf Problemgruppen des Arbeitsmarktes konzentrieren, d. h. auf gering Qualifizierte und auf Menschen über 50 Jahre oder mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die neue Agentur kann ein Jobangebot unterbreiten und so die Arbeitsbereitschaft des Arbeitslosen testen. Für die einstellende Unternehmung ist der Kündigungsschutz aufgehoben und sie kann den Arbeitslosen auf diese Weise für einige Zeit auch zu geringeren als marktüblichen Bedingungen zur Verfügung gestellt bekommen. Verbunden mit einer Reform der Arbeitslosenversicherung und der bereits geplanten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe könnte so ein klarer Reformaufbruch beginnen, der das Image des zu starren deutschen Arbeitsmarktes aufbricht.

K. F. Zimmermann



Forschungsinstitut
zur Zukunft
der Arbeit

IMPRESSUM

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hinte
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 180
e-mail: compact@iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski, Köln